

Moralische Erpressung

Ob Coronabonds oder Migration: Das deutsch-italienische Verhältnis steht unter Spannung

Marco F. Gallina

Die Deutschen lieben die Italiener, aber sie schätzen sie nicht; die Italiener schätzen die Deutschen, aber sie lieben sie nicht.“ Nördlich der Alpen hat man den Eindruck: weder schätzen die Italiener die Deutschen, noch lieben sie diese. Wie sonst ist der Undank zu verstehen, nachdem Deutschland italienische Corona-Patienten aufgenommen hat? Woher kommt sonst das aggressive Vorpreschen in Fragen der Eurobonds? Wieso zirkulieren Bilder aus dem letzten Weltkrieg in italienischen Medien, wo es doch sowieso Deutschland sein wird, das den südlichen Schlendrian finanziert?

Das deutsch-italienische Verhältnis ist nicht erst seit der Corona-Krise angeschlagen. Doch die Parallelen zu ähnlichen Herausforderungen des gefühlten Hegemons in der EU ist auch den Italienern nicht entgangen. Plötzlich war das Virus da – obwohl europäische Nachbarländer Alarm geschlagen hatten.

Was für die EU-Außengrenzen in der Migrationskrise gilt, gilt auch für die Corona-Krise. Wochen vergingen, in denen Italien ins Corona-Chaos taumelte, ohne daß es Brüssel oder Berlin kümmerte. Erst als Putin, Peking und sogar Kuba in der Lombardei intervenierten, wurde die Raute der Stabilität zur nervösen Hand. Daß Politik wie Medien in Deutschland die russische und chinesische Unterstützung als propagandistisch motiviert einordneten, verstärkte bei den Italienern das Gefühl, daß die deutsche Hilfe größtenteils unter Zugzwang geschah und politische Gründe hatte.

Das deutsche Auftreten wird nicht nur in Italien als arrogante Heuchelei verstanden. Ein grüner EU-Parlamentarier, der auf Lesbos den verlängerten aktivistischen Arm mancher NGO spielt, bezichtigt die Griechen eines latenten Faschismus. Im Mittelmeer kreuzen deutsche NGOs, sammeln Migranten auf und begehren Einlaß in italienische Häfen – obwohl das gebeutelte Land keine sicheren Quarantäne-Unterkünfte zusichern kann.

Denselben moralischen Imperialismus atmet ein drittklassiger Fernsehfilm im öffentlich-rechtlichen Rundfunk, wenn ein ungarischer Regierungschef zum Diktator eines Drittweltlandes degradiert wird. Der „häßliche Deutsche“ von heute trägt keine Pickelhaube mehr, sondern Rastalocken; er erschrickt seine Nachbarn nicht mit Stiefeln im Gleichschritt, sondern bevormundet das europäische Ausland mit demselben moralischen Zeigefinger wie daheim.

Aber macht das die schonungslos-egoistische Art der Italiener in Sachen Eurobonds wett? Auch hier spielen Vorurteile eine Rolle. Das Land mit der weltweit höchsten

Staatsschuldenquote ist nicht Italien oder Griechenland, sondern Japan. Dennoch käme niemand auf die Idee, den Nachfahren der Samurai mediterranen Schlendrian zu unterstellen. Grund ist eine andere Vorstellung davon, wie Wirtschaft und Finanzen funktionieren. In Italien galt wie in Japan oder Frankreich das Primat der Politik. Notenbanken sind Instrument des Staates. In Deutschland dagegen pochte die Bundesbank mit standhaften Gestalten wie Karl Otto Pöhl auf ihre Unabhängigkeit. Es war derselbe Bundesbankchef, der bereits vor den Risiken warnte, die eine Währungsunion mit sich bringt. Nicht nur die Griechen, Spanier und Italiener drängten in den Euro, auch die jeweilige Bundesregierung begrüßte den Schritt: ob die CSU mit Theo Weigel, die SPD mit Hans Eichel, oder die CDU mit Friedrich Merz, der im Finanzausschuß an der Einführung des Euro mitwirkte. Widerstand leistete nur der Freistaat Sachsen.

Die Verantwortlichen klammerten sich an die Hoffnung, daß die EZB eine zweite Bundesbank würde, obwohl der französische Einfluß in Brüssel überdeutlich war. Bis heute ist Paris, nicht Rom, der eigentliche Gegenspieler Berlins. Daß Deutschland Großbritannien als Bündnispartner in europäischen Fiskalfragen zugunsten der Hasardeurstücke in den Jahren ab 2008 verspielte, kann neben der Migrationskrise als größter Fehlschlag der Kanzlerschaft Angela Merkels verbucht werden.

Ein Verharren in der Opferrolle bietet sich daher weder für die Italiener noch die Deutschen an. Die Lega von Matteo Salvini hat am Freitag gezeigt, daß es hier nicht um Nationen, sondern um übernationale Kämpfe geht. Sie hat im EU-Parlament gegen Eurobonds gestimmt – weil sie verstanden hat, daß Bonds durch neue Steuern finanziert werden müssen, möglicherweise sogar EU-Steuern. Die Lega hat sich opportunistischen Erwägungen entzogen, weil sie weiß, wie die EU funktioniert: eine Vergemeinschaftung von Schulden mag zwar kurzfristig Italien nützen, doch langfristig würde Brüssel in die Länder wie Provinzen hineinregieren. Euro und EZB sind zu den Primärinhalten der EU geworden. Daher scheitert die EU, sollte der Euro scheitern: kaum etwas hält sie zusammen. Nicht Kultur, nicht Familie, nicht Geschichte, nicht einmal Gott. Jeder Patriot, gleich welchen Landes, müßte mit seinen eigenen Idealen brechen, um so ein Papier zu unterschreiben.

Für das, was Deutsche und Italiener gegeneinander aufbringt, sind die regierenden Parteien verantwortlich. Deutsche wie italienische Sozialdemokraten wollen Eurobonds; deutsche wie italienische Medien der Europhilen trommeln dafür. Längst geht es nicht mehr um die Interessen von Nationalstaaten untereinander, sondern um die von Eliten, die ihren Funktionärsapparat in Brüssel absichern wollen. Die deutsche Schriftgläubigkeit, die Verträge für unumstößlich hält, verträgt sich nicht mit dem pragmatischen Geist der romanischen Welt.

Der Italiener traut dem Abstrakten nicht, sondern dem Menschen. Hier könnten die Deutschen noch von den Italienern lernen – insbesondere, wenn sich Konservative und Liberale jenseits und diesseits gegen den gemeinsamen Gegner stellen. Bejahung der Nationen funktioniert heute nur noch international.

Auf gepackten Koffern

Sozialsysteme: Im Südosten Europas formiert sich die nächste Einwanderungswelle

Michael Paulwitz

Während sich das Augenmerk der deutschen Öffentlichkeit auf die „unbegleiteten“, „minderjährigen“ „Flüchtlinge“ richtet, die in Hannover als Vorboten der nächsten Asylumsiedlung gelandet sind, formiert sich im Südosten Europas die nächste Migrationswelle in die deutschen Sozialsysteme. Die Aufnahme von EU-Beitrittsgesprächen mit Albanien und Nordmazedonien stellt die Weichen, um den anhaltend hohen Migrationsdruck aus dem Westbalkan in das noch immer grenzenlos offene Deutschland zu kanalisieren.

Per Videokonferenz haben die EU-Europaminister mitten in der Corona-Krise beschlossen, die Beitrittsverhandlungen mit zunächst zwei Westbalkan-Ländern nicht länger aufzuschieben. Eine „Beitrittsperspektive“ haben auch die anderen Länder der Region – Kosovo, Bosnien-Herzegowina, Serbien und Montenegro. Was der Bundesaußenminister als „Ermutigung“ und „überfällige Anerkennung“ von „Reformleistungen“ feiert, sollte der Bundesregierung viel eher Sorgenfalten und Angstschweiß auf die Stirn zeichnen.

Denn am Ende wird es kaum eine Rolle spielen, wie intensiv man auf „Reformen“ bei Rechtsstaatlichkeit und Korruptionsbekämpfung gepocht hat, welche neuen bürokratischen Überwachungsinstanzen man dafür geschaffen hat und wie genau man diesmal hinschauen will. Einmal in Gang gesetzt, wird der Beitrittsprozeß kaum mehr gestoppt, allenfalls noch verzögert werden.

Das enorme soziale und ökonomische Gefälle zu den Wohlstands- und Wohlfahrtsstaaten des Nordens kann keine Umverteilung auf europäischer Ebene überbrücken, und den kulturellen Graben, den die jahrhundertelange osmanische Fremdherrschaft durch den europäischen Südosten gezogen hat, schüttet kein EU-Beitritt einfach so zu. Das konnte man schon aus der Aufnahme Bulgariens lernen.

Die alles entscheidende Frage ist daher die EU-weite Freizügigkeit für Personen und Arbeitnehmer. Dieses Dogma, von dem die EU nicht lassen kann, enthält das Versprechen erleichterter Migration auf der Suche nach einem besseren Leben; die Regierungen der betreffenden Länder können sich vom Export der Armen, Frustrierten und Perspektivlosen und von deren Rücküberweisungen aus Sozialtransfers und Arbeitseinkommen an ihre Familien in der Heimat Minderung des gesellschaftlichen und ökonomischen Drucks erwarten.

Der Migrationsdruck hat sich auch bisher schon Wege gesucht. Der Mißbrauch des großzügigen deutschen Asylsystems ist die naheliegendste Verlockung. Wer routinemäßig abgelehnt wird, kann mit Kniffen und Listen viele Monate in Deutschland bleiben, erhält Unterkunft, Versorgung, Taschengeld und nicht zuletzt die begehrte

medizinische Versorgung. Und wer einer möglicherweise doch drohenden Abschiebung durch „freiwillige Ausreise“ zuvorkommt, kann selbst dafür noch finanzielle „Rückkehrhilfen“ kassieren, die er für die nächste Einreise gleich wieder nutzen kann.

Der offene Mißbrauch war über Jahre bekannt. Vor allem Zigeuner vom Volke der Roma nutzten die Lücke gerne, um sich zumindest ein warmes Winterquartier in Deutschland zu verschaffen. Um den während der Asylkrise 2015 sprunghaft angestiegenen Asylmißbrauch einzudämmen, wurden schließlich erleichtert „Arbeitsvisa“ für Einwohner der Westbalkanstaaten erteilt.

Die Zahl wuchs von Jahr zu Jahr und hat sich von 2015 bis 2019 auf 65.000 fast verdreifacht. Schon jetzt werden in steigendem Maße Familiennachzugsvisa vergeben. Auch wer keine Arbeit findet oder überhaupt ernsthaft sucht, findet über Umwege, etwa als Pseudoselbständiger und Hartz-IV-Aufstocker, schnell ins Sozialsystem.

Hunderttausende sitzen auf gepackten Koffern. Fast zweihunderttausend Anträge wurden bislang gestellt. Derzeit werden noch Visa für Anträge vom November 2017 erteilt – was aus den noch unbearbeiteten Anträgen wird, wenn die Regelung im Dezember ausläuft, ist noch offen. Der Ansturm wird sich bis Jahresende mit Sicherheit noch verstärken. Kommt es zum EU-Beitritt Albaniens, Nordmazedoniens und weiterer Westbalkanländer, wird daraus eine Sturmflut. Solange die Freizügigkeit gilt, werden Übergangsregelungen wie bei bisherigen Beitrittsverfahren auch den Zuwanderungsdruck in die Sozialsysteme allenfalls zeitlich strecken, aber nicht wegnehmen können.

Das Vorantreiben der Aufnahmeverfahren für die Westbalkanstaaten wird gerne mit dem wachsenden Engagement Chinas begründet, dem man den eigenen EU-„Innenhof“ nicht überlassen wolle. Strategisch ist das sicher nicht falsch. Doch Chinas Expansionspolitik achtet bei jeder Investition auf das Verhältnis von Kosten und Ertrag. In der EU steht dagegen das Dogma über der ökonomischen Vernunft.

Bereits aus früheren Beitrittsrunden hätte man den Schluß ziehen können, daß Vertiefung und Erweiterung der EU zugleich zu vertretbaren Kosten nicht zu haben sind. Je weiter der Kreis der Mitglieder und je größer die volkswirtschaftlichen und sozialen Unterschiede, desto weniger kann harmonisiert werden, desto größer muß die Eigenständigkeit der einzelnen Mitglieder sein.

Eine EU, die perspektivisch ganz Europa umfassen soll, kann vernünftigerweise wenig mehr als eine Freihandelszone sein. Die Briten, die dieses Konzept bevorzugten, hat man gerade ziehen lassen. Statt dessen schickt man sich an, die EU um ein ganzes Bündel von Neumitgliedern zu erweitern, die Transferumverteilung und Sozialmigration in neue, absurde Höhen treiben werden. Auch ohne die Folgen der Corona-Krise ist das eine Bürde, die dem deutschen Lastesel den Rest geben könnte.

Wenn Linke über Linke forschen

Umstrittene Fördermittel: Die Arbeit des staatlich finanzierten Kompetenzzentrums „Linker Extremismus“ wirft Fragen auf Björn Harms

Am Abend der sächsischen Landtagswahl im September vergangenen Jahres war Michael Lühmann sauer, aber so richtig sauer. Zu seinem Ärger hatte die AfD gerade 27,5 Prozent der Wählerstimmen erzielt. Seinem Haß ließ der 40jährige auf Twitter freien Lauf: „Jeder dritte männliche Wähler in Sachsen hat mutmaßlich Scheiße im Kopf (weil er entweder ein Drecksnazi ist oder weil er glaubt, eine Drecksnazipartei wählen zu müssen, ohne ein Nazi sein zu wollen)“, schrieb er.

Nur: Wie verträgt sich eine solche Äußerung mit der Arbeit eines vermeintlich objektiven Politikwissenschaftlers, dessen Arbeitsstelle großzügig vom Steuerzahler gefördert wird? Denn Lühmann ist nicht einfach nur eine weitere Stimme im Konzert „gegen Rechts“, sondern Teil des Göttinger Instituts für Demokratieforschung, genauer gesagt wissenschaftlicher Mitarbeiter an der daran angeschlossenen Bundesfachstelle „Linke Militanz“, kürzlich umbenannt in Kompetenzzentrum „Linker Extremismus“.

Über eine Million Euro an staatlichen Geldern bewilligt

Dessen Aufgabe ist es, „themenbezogene Expertise für die bundesweite Fachpraxis in ihrem Themenfeld bereitzustellen und weiterzuentwickeln“. Die 2017 gegründete Fachstelle soll pädagogische Ansätze „zur Prävention demokratiefeindlicher Aspekte linksradikaler Denk- und Verhaltensweisen“ entwickeln.

Finanziell braucht sich der fünfköpfige Mitarbeiterstamm unter der Leitung des Politologen Matthias Micus, der durch studentische Hilfskräfte zusätzlich unterstützt wird, keine großen Sorgen zu machen, wie die Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage des AfD-Bundestagsabgeordneten Markus Frohnmaier beweist. Die Gelder für das Projekt aus dem Topf des Förderprogramms „Demokratie leben!“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) steigen rasant: Waren es im Gründungsjahr 2017 noch 142.922,48 Euro, wurden ein Jahr später bereits 285.924,80 Euro bewilligt. Der Beitrag wuchs 2019 auf 297.143,73 Euro, im aktuellen Jahr kann mit satten 397.810,74 Euro geplant werden.

Wie aber werden diese Mittel verwendet? Publizistisch tritt die Fachstelle jedenfalls kaum in Erscheinung. 2018 veröffentlichte die Forschergruppe ganze vier Kurzaufsätze im Umfang von jeweils 5 bis 10 Seiten – und das ausschließlich in der hauseigenen Gazette Demokratie-Dialog, die vom Göttinger Institut für Demokratieforschung herausgegeben wird. Ein Jahr später verringerte sich dies auf zwei Kurzaufsätze, zudem erschien ein 48seitiger Leitfaden zur „Linken Militanz“.

„‘Linke Militanz’ hat bis 2020 insgesamt über eine Million Euro an staatlichen Fördermitteln bewilligt bekommen“, kritisiert AfD-Politiker Markus Frohnmaier im Gespräch mit der JUNGEN FREIHEIT. „Wenn man allein die fast 300.000 Euro Förderung für das Jahr 2019 heranzieht und sich anschaut, daß in jenem Jahr lediglich zwei kurze Aufsätze und ein Leitfaden veröffentlicht wurden, kostet eine Publikation der Bundesfachstelle rund 100.000 Euro. Das ist die teuerste steuergeldfinanzierte Arbeitsbeschaffungsmaßnahme für Geisteswissenschaftler, die ich kenne.“

„Die Aufgaben der Bundesfachstelle umfassen weit mehr als die Veröffentlichung von Publikationen“, widerspricht hingegen das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gegenüber der JF. Genauer erwähnt die Behörde nicht. Auf der Internetseite des Projekts finden sich lediglich Berichte von vier Fachtagungen seit 2017. Daß das Kompetenzzentrum seine „Aufgaben erfüllt und dabei fachliche Standards berücksichtigt, wird im Rahmen der begleitenden Erfolgskontrolle und der Verwendungsnachweisprüfung nachgehalten“, versichert der Sprecher des BMFSF.

Vor zwei Monaten – knapp dreieinhalb Jahre nach Gründung der Fachstelle – ist nun die erste 240seitige Großpublikation „Linke Militanz – pädagogische Arbeit in Theorie und Praxis“ erschienen, wenngleich das Buch größtenteils aus Gastbeiträgen anderer Wissenschaftler besteht, die nicht bei der Bundesfachstelle angestellt sind. Darunter befinden sich auch bekannte „Anti-Rechts-Kämpfer*innen“ wie Naika Foroutan, Leiterin des Deutschen Instituts für Migration und Integrationsforschung (DeZIM), die den Satz prägt: „Wer Deutschland bewohnt, ist Deutscher.“

AfD-Mann Frohnmaier findet es jedenfalls „bemerkenswert“, daß eine „weit linke politische Gesinnung von Wissenschaftlern, die bei der Bundesfachstelle mitarbeiten, kein Risiko für die wissenschaftliche Arbeit der Stelle bedeutet. Dieses Versprechen der Regierung ist ungefähr so glaubwürdig wie die Idee, es sei kein Problem, einen Atheisten zum Papst zu machen.“

Wie aber steht es um das inhaltliche? „So manches Urteil in der Debatte um linke Militanz scheint überzogen, politisiert und aus dem Kontext gerissen“, heißt es in dem 40seitigen Leitfaden der Fachstelle aus dem vergangenen Jahr. Linker Militanz wohne keine „generalisierte menschenfeindliche Grundhaltung inne“, sind sich die Autoren sicher. Ganz im Gegenteil: „Radikal linke Kritik versteht sich oft als wahre Anwältin der Menschenrechte. Die radikal linken Forderungen nach einem Mehr an Gleichheit stimmen mit den Grundsätzen der liberalen Demokratie prinzipiell überein.“

Nur eine Seite später heißt es: Linke Militanz und Linksextremismus eine, daß sie Gruppen und Personen bezeichne, die sich gegen das „bestehende wirtschaftliche und politische System stellen“. Sie artikulieren „eine grundlegende Kritik an den Herrschaftsverhältnissen und der Eigentumsordnung“. Den Begriff Linksextremismus lehnen die Verfasser jedoch ab. Er sei weder „für die demokratische Auseinandersetzung noch für die pädagogische Arbeit geeignet“, da er eine „sicherheitspolitische Verengung“ darstelle. Dafür gelten der Marxismus-Leninismus

und der Anarchismus in der Broschüre als „historische und aktuelle Befreiungsbewegungen“.

Das BMFSFJ sieht sich weder für derartige Aussagen noch für die Twitter-Beschimpfungen eines Michael Lühmann in der Verantwortung. „Die Veröffentlichungen des Trägers oder einzelner Mitarbeiter stellen keine Meinungsäußerung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend dar. Für inhaltliche Aussagen tragen allein die Autorinnen bzw. Autoren die Verantwortung“, teilt die Behörde mit.

„Gewalt wirkt auch gegen Nazis“

Als vertiefende Lektüre empfehlen die Autoren des Leitfadens unter anderem ein Buch des Autors Horst Schöppner über die autonome Szene der 1980er Jahre. Kritische Distanz dürften die Leser hier nicht erwarten. Schöppner, das Pseudonym eines alten Kämpfers aus der linksextremen Szene, hatte 2016 im Neuen Deutschland offen zu Gewalt aufgerufen und einen gewaltfreien Diskurs als verlogen bezeichnet. „Gewalt wirkt auch gegen Nazis“, schrieb er. „Vielleicht wirkt sogar nur Gewalt gegen Nazis.“

Auf aktuelle Studien zum Linksextremismus, etwa auf die des „Forschungsverbunds SED-Staat“ an der FU Berlin, geleitet durch den Politikwissenschaftler Klaus Schroeder, oder auf die Standardwerke zum Thema Linksextremismus der Politologen Eckhard Jesse und Uwe Backes, wird gar nicht erst verwiesen. Eben weil die Extremismustheorie von vornherein abgelehnt wird.

„Viele der Publikationen von ‘Linke Militanz’ legen nahe, daß hier Linksradikale eine Stelle zur Bekämpfung des Linksextremismus unterwandert haben und linksextremes Gedankengut unter dem Deckmantel wissenschaftlicher Forschung verharmlosen“, ist sich Frohniauer sicher. Besonders verheerend daran sei, daß für den uninformatierten Beobachter der Charakter von ‘Linke Militanz’ nicht unmittelbar zum Vorschein komme. „Die Bundesregierung kann so gegenüber der Öffentlichkeit behaupten, sie würde etwas gegen Linksextremismus unternehmen, obwohl ‘Linke Militanz’ in vielen ihrer Publikationen das genaue Gegenteil tut.“

Seit dem 1. Januar 2020 ist nun die zweite Förderperiode des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ angelaufen. Das Projekt am Institut für Demokratieforschung in Göttingen, das sich weiterhin über erhebliche Fördermittel freuen kann, wird nun als Kompetenzzentrum „Linker Extremismus“ geführt. Warum genau diese Namensumbenennung getroffen wurde, ist unklar – schließlich dürften die angestellten Wissenschaftler den Begriff „Linksextremismus“ auch weiterhin ablehnen.

Das Recht auf Heimat

Sudetendeutsche, Schlesier, Pommern, Ostpreußen: Vor siebzig Jahren wurden die ersten Vertriebenenverbände gegründet

Gernot Facius

Die Corona-Pandemie macht die sorgfältigsten Planungen zunichte. Erstmals seit 1950 ist das große Pfingsttreffen der Sudetendeutschen abgesagt. Eine Tradition wird unterbrochen, auch bei anderen Landsmannschaften: ausgerechnet ein Dreivierteljahrhundert nach Kriegsende, der Massenflucht vor der Roten Armee und der Vertreibung der Deutschen aus ihren Siedlungsgebieten in Mittel- und Osteuropa. Die „Stallwachen“ in den Hauptstädten der ehemaligen Vertreiberstaaten können sich getrost in ihre Wochenendhäuser und Datschen zurückziehen: Sie müssen in diesem Jahr keine „revanchistischen“ Reden kommentieren. Und Berliner und Münchner Politikern bleibt die Peinlichkeit erspart, ihre ost- und sudetendeutschen Stammwähler mit Verlegenheitsfloskeln abzuspeisen.

Die politische Relevanz der Vertriebenenverbände wird allerdings, da braucht es keine hellseherische Begabung, noch mehr zurückgehen. Das liegt an ihrer Geschichte. Für den Sozialwissenschaftler Manfred Max Wambach (1928–2003) waren sie ausgesprochene „Spätkommer“, und als solche konnten sie nur noch begrenzt auf das politische Geschehen Einfluß nehmen. In einer 1971 vorgelegten Untersuchung beschrieb Wambach ihr Dilemma: „Im Falle der Vertriebenenverbände legte die Parteipolitik den Rahmen fest, in dem die politische Potenz der Verbände wirksam werden konnte. Trotz ihrer intensiven Einflußnahme auf Fraktionen und Parlamentsausschüsse sowie Ministerien und Verwaltungen waren sie dem politischen Oligopol der Parteien nicht gewachsen.“

Dieses nüchterne Fazit widerlegt die alte Propagandalüge der Linken von den „mächtigen revanchistischen Einflüssen“ auf das Bonner Regierungshandeln. Der Bund der Vertriebenen (BdV) war mitnichten die furchterregende Großkampfmachine, als die ihn mit Vorliebe die Ostblock-Propaganda zeichnete. Als er 1958 als Dachverband die politische Bühne betrat, war die Nachkriegsgesellschaft im „Wirtschaftswunderland“ bereits fest positioniert, und als Wambach 23 Jahre später seine Ausarbeitung vorlegte, ließ sich der Bedeutungsverlust der Vertriebenenverbände schon nicht mehr übersehen. Vier Millionen Mitglieder hatte der föderalistisch organisierte BdV in den späten 1950er Jahren, zwei Jahrzehnte später waren es nur noch etwa zwei Millionen – mit stetig sinkender Tendenz; heute werden die korrekten Zahlen unter Verschuß gehalten.

In der Regierungszeit von Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) verlor der Verband weiter an Bedeutung. Der Historiker Matthias Stickler: „Das zeigte sich eben dann auch bei der Wiedervereinigung 1990, daß es dem BdV nicht gelungen ist, in der Frage der Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze durch das vereinigte Deutschland in irgendeiner Form Einfluß zu nehmen auf die Politik.“ Nichts sei endgültig geregelt, es sei denn einigermaßen gerecht geregelt, hatte der damalige BdV-Präsident Herbert Czaja

(CDU) immer wieder gesagt. „Unser Ziel bleibt die freie Heimat im freien Europa.“ Auch er wurde in manchem enttäuscht. In der EU blieb die konkrete Einlösung des „Rechts auf die Heimat“, wie das die Charta der Vertriebenen von 1950 verlangt, unerfüllt. Selbst auf den Großtreffen der Landsmannschaften tut man sich heute schwer damit, dieses Recht zu definieren und einzufordern. Von den menschen- und völkerrechtswidrigen Benesch-Dekreten, von denen sich das demokratische Prag noch immer nicht lösen kann, ist nur noch ganz leise die Rede. Auch der „Heimwehtourismus“ läßt nach. Die Jahrgänge, die zur „Erlebnisgeneration“ gehören, sterben weg. Rüdiger Jakesch, Vorsitzender des Berliner BdV-Landesverbandes, wußte es schon vor zehn Jahren: „Die Vertriebenen haben es nicht geschafft, ihre Kinder über die Jahrzehnte so stark zu integrieren in den Landsmannschaften, daß sie da mitmachen. Die jungen Menschen haben keine Beziehung mehr zu dem, was mal die Heimat ihrer Eltern war.“ Die Frankfurter Allgemeine erschien 2017 mit der polemischen, gleichwohl nicht ganz unzutreffenden Schlagzeile: „Der Bund der Aussterbenden“.

Die Fragilität war den Verbänden gleichsam mit in die Wiege gelegt worden. Die westlichen Siegermächte hatten durch eine rigide Lizenzierungspraxis zunächst die Bildung solcher Organisationen verhindert, erst 1948/49 wurde das Koalitionsverbot gelockert. Mit dem von Waldemar Kraft in Schleswig-Holstein gegründeten Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE) meldete sich 1950 erstmals eine „Vertriebenenpartei“ zu Wort. Ihr Motto: „Das ganze Deutschland soll es sein.“ Der politische Neuling war bis 1957 im Kabinett Adenauer vertreten, bis 1966 noch in der hessischen Landesregierung. Der durch den CDU-Bundestagsabgeordneten Linus Kather (er schloß sich später der NPD an) vorangetriebene Zentralverband der vertriebenen Deutschen (ZvD) verstand sich als eine vor allem auf soziale und wirtschaftliche Ziele ausgerichtete Vereinigung, allerdings mit dem Anspruch, überregional die Vertriebenen zu vertreten. Diese Vorstellung kollidierte mit anderen Bestrebungen, die in die Gründung der Vereinigten Ostdeutschen Landsmannschaften (VOL) mündeten. Bei ihnen standen die heimatpolitischen Interessen im Vordergrund. Erst 1958 kamen beide Verbände unter ein gemeinsames Dach: den BdV. Er war damals in den beiden großen Volksparteien, Union und SPD, noch fest verankert. Erst die von Willy Brandt initiierte „neue Ostpolitik“ hat das Bild verändert: Viele Vertriebene kehrten der SPD den Rücken. Dabei waren es in vielen Orten der Bundesrepublik vor allem Sudetendeutsche, Schlesier und Ostpreußen, die die Sozialdemokratie wiederbelebt hatten. Die SPD in Hessen war ohne Sudetendeutsche wie Wenzel Jaksch nicht denkbar.

„Lange Zeit tendierte das Gros der Vertriebenen mehr zur SPD, während die CDU/CSU eher als Partei der Einheimischen galt“, hielt der Historiker Andreas Kossert in seinem Buch „Kalte Heimat“ fest, mit dem er auch den Mythos von der rundum geglückten Integration erschütterte. Auf ihrem Karlsruher Parteitag von 1964 tagten die Sozialdemokraten demonstrativ unter einer großformatigen Landkarte Deutschlands in den Grenzen von 1937. Die Partei warb gezielt um Vertriebene, um dem „Machtwechsel“ näher zu kommen. Als es 1969 soweit war, entfremdete sich die

SPD mit ihrer „neuen Ostpolitik“ von diesen Wählern. „Wer Schlesien, Pommern und Ostpreußen verrät, verrät auch Deutschland“ – mit diesem Transparent protestierten Schlesier 1971 während ihres Deutschlandtreffens in München gegen die Ostverträge. Die heimatpolitischen Vorstellungen im BdV waren freilich nie deckungsgleich; eine umfassende ostpolitische Konzeption, die ein Gegengewicht zur Außenpolitik der Bundesregierungen hätte bilden können, scheiterte an den Gegensätzen zwischen den „reichsdeutschen“ und den „habsburgischen“ Landsmannschaften. „Schlesien, Pommern und Ostpreußen konnte ja nicht verborgen bleiben, daß das Pochen vor allem der schlagkräftigen Sudetendeutschen Landsmannschaft auf dem Heimat- und Selbstbestimmungsrecht sowie deren zusammenhängende Position gegenüber dem Münchner Abkommen von 1938 das ohnehin schwach ausgeprägte Verständnis der westlichen Alliierten für die Wiederherstellung der Reichsgrenzen von 1937 nicht eben zu fördern vermochte“, meinte Manfred Kittel, ehemaliger Gründungsdirektor der Berliner Bundesstiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“.

Was heute in Vergessenheit geraten ist: Die am 17. Juli 1945 in München gegründete „Sudetendeutsche Hilfsstelle“ war die erste landsmannschaftliche Gründung überhaupt. Sie wurde verboten. Zwei Jahre später formierte sich der „Hauptausschuß der Flüchtlinge und Ausgewiesenen in Bayern“. Man beachte die Bezeichnung: Von Vertriebenen durfte damals noch nicht die Rede sein, das hatten die Besatzer untersagt. Selbst kirchliche Stellen nahmen das hin, aber sie hielten ihre schützende Hand über die Gruppenbildungen.

Am 25. Januar 1950 wurde in Detmold die Sudetendeutsche Landsmannschaft Bundesverband gegründet, am 26. März 1950 folgte in Räumen des Bundesvertriebenenministeriums in Bonn die Gründung der Landsmannschaft Schlesien; über die Schlesier übernahm am 3. Oktober das Land Niedersachsen die Patenschaft. Ostpreußen und Pommern hatten bereits 1948 beziehungsweise 1949 Zusammenschlüsse eingeleitet.

Immer wieder mußte sich der Bund der Vertriebenen gegen den Vorwurf zur Wehr setzen, er sei ein Hort des „Revisionismus“ und des „Rechtsextremismus“; von der „DDR“ lancierte Verdächtigungen wurden von westdeutschen Medien ungeprüft weitergegeben. Dabei ist es rechtsextremistischen Parteien wie der NPD nie gelungen, den BdV oder seine Landsmannschaften für ihre Ziele einzuspannen. „Obwohl die Verbände begründete Zweifel an der heimatpolitischen Zuverlässigkeit der großen Volksparteien hegten, gerieten sie in diesem Punkt niemals ins Wanken“ (Andreas Kossert). Wenn Mitglieder von Vertriebenenverbänden für die NPD kandidierten, wie etwa der Sudetendeutsche Reinhard Pozorny, so geschah dies ohne Rückendeckung der Verbandsführungen. Erfolglos blieben auch Versuche von linksextremistischer Seite, über den 1951 gegründeten „Westdeutschen Flüchtlingskongreß“, eine von der SED gesteuerte kommunistische Tarnorganisation, Einfluß auf die Vertriebenen zu gewinnen. Die Verbände und das Gros ihrer Mitglieder haben sich selbst in politischen Krisenzeiten als demokratisch zuverlässig erwiesen.